

3109/J XXI.GP

Eingelangt am: 21.11.2001

ANFRAGE

der Abgeordneten Heidrun Silhavy
und Genossinnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend Einsatz von Mitteln der Arbeitsmarktpolitik für parteipolitische Projekte

Der Medienberichterstattung vom 9. November 2001 ist nachfolgender Artikel zu entnehmen:

"ÖVP-Initiative für Frauen in Karenz

Frauen

Nr. 259

Medium: **Neues Volksblatt**

Seite: 3

Datum: 09.11.2001

WIEN - Die ÖVP will mit einem eigenen Seminarangebot Frauen den beruflichen Wiedereinstieg nach der Babypause erleichtern bzw. helfen, überhaupt den Ausstieg zu vermeiden. Die Kosten dieses Projekts "Changing-Veränderungen. Vom Ausstieg zum Einstieg" sollen die öffentliche Hand oder Sponsoren übernehmen. Als Partner konnten das Arbeitsmarktservice und die Junge Industrie gewonnen werden. VP-Generalsekretärin Maria Rauch-Kallat interpretierte das gestern präsentierte Projekt als Beitrag zur Forderung nach gleichem Lohn für gleichwertige Arbeit."

Es scheint inzwischen unbestritten anerkannt zu sein, dass der Berufsausstieg, auch wenn er familienbedingt ist, sowohl die Arbeitsplatzsicherheit gefährdet, als auch ein wesentlicher Faktor im Bereich der Entgeltdiskriminierung ist. Die Bundesregierung hat diese Fakten sowohl im Wirtschaft und Arbeit beim den Vorlagen zum Kinderbetreuungsgeld insofern negiert, indem sie allen Verbesserungsvorschlägen hinsichtlich Kündigungsschutz oder Rechtsanspruch auf Teilzeitkarenz eine Absage erteilt hat. Verstärkt hat diese Negativentwicklung noch die Entscheidung der Regierungskoalition, die Wiedereinstellungsbeihilfe abzuschaffen. Auch das BMSG hat durch das Einziehen der Zuverdienstgrenze beim Kinderbetreuungsgeld der Vereinbarkeit von Beruf und Familie nicht Rechnung getragen.

Trotz Jubelmeldungen wie auf der homepage der ÖVP nachzulesen:

"ÖVP als Familienpartei

Das Kinderbetreuungsgeld im Überblick

Für die Volkspartei war seit jeher klar: Kinder sind Teil des Lebens, unser höchstes Gut und unerlässlich für unsere Zukunft! Die Erziehung und Betreuung von Kindern ist daher eine unverzichtbare Leistung der Eltern an die gesamte Gesellschaft. Die ÖVP als Familienpartei zollt dieser Tatsache den nötigen Respekt und die nötige Anerkennung."

scheint die ÖVP dieses politische Versagen, das sie selbst verursacht hat, durch ein symbolisches AlibiProjekt verbergen zu wollen. Dies wäre ja im Grundsatz eine parteipolitische Entscheidung, die im politischen und finanziellen Verantwortungsbereich der ÖVP liegt und wäre damit nicht Gegenstand der parlamentarischen Arbeit.

Der Zeitungsmeldung ist aber zu entnehmen, dass die ÖVP mit einem EIGENEM Seminarangebot das selbst verursachte Manko auf Kosten der öffentlichen Hand und des AMS verringern möchte.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Handelt es sich beim Projekt "Changing-Veränderungen. Vom Ausstieg zum Einstieg" um ein Projekt der ÖVP?
2. Wenn es sich dabei nicht um ein Projekt der ÖVP handelt, wer ist
 - a) Träger diese Projektes?
 - b) Bei einem Trägerverein: Wie lauten dessen Statuten?
 - c) Bei einem Trägerverein: Wer sind die Vertreter der Vereinsorgane?
3. Wenn es sich um ein von AMS unterstütztes Projekt handelt: Wie lautet der konkrete Projektantrag im vollem Wortlaut?
4. Im Falle einer positiven Beantwortung der Frage 3:
 - a) Wann und von wem wurde der Projektantrag eingebracht?
 - b) Wann und von wem wurde das Projekt beschlossen?

5. Bedeutet die Formulierung, "Als Partner konnten das Arbeitsmarktservice gewonnen werden", dass Mittel aus dem AMS in dieses Projekt fließen?
 - a) Wenn ja: In welcher Höhe und für welchen Zeitraum und wie hoch ist die Förderquote pro Fall?
 - b) Wenn keine finanziellen Mittel fließen: In welcher Form ist das AMS Partner?
6. Ist Ihnen bekannt in welcher Form die öffentliche Hand dieses Projekt unterstützt?
 - a) Wenn ja in welcher Höhe?
 - b) Aus welchem Titel?